

Als wir (am 7. September 1939) in Bromberg eintrafen, waren die Heckenschützenkämpfe in vollstem Gange. (...) Trotzdem wurde am nächsten Morgen das Arbeitsamt eröffnet und die Hakenkreuzfahne herausgehängt«, heißt es in einem Bericht des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Danzig-Westpreußen, Karl Gabriel, der im Juli 1940 veröffentlicht wurde. »Überall, wo auf dem Fuße der kämpfenden Truppe die Arbeitsämter eröffnet wurden, klebten am nächsten Tage schon die Aufrufe des Arbeitsamts in deutscher und polnischer Sprache.«

Die Beamten, die so begeistert Jagd auf dringend benötigte Arbeitskräfte machten, gehörten zum Reichsarbeitsministerium. Das war eine der größten Stützen des Naziregimes, ist im Kern der Befund einer seit 2013 tätigen unabhängigen Historikerkommission, die im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die Geschichte der Vorgängerbehörde erforscht. Derzeit werden Ergebnisse in einer Ausstellung in der Berliner Topographie des Terrors dokumentiert.

Beamte des Reichsarbeitsministeriums waren seit Kriegsbeginn beteiligt an der Vernichtung von Juden und politischen Gegnern sowie an der gewaltsausübung von Zwangsarbeitern. Mittels Razzien, Prügelorgien, Verhaftungen und dem Niederbrennen ganzer Dörfer setzten »Werbekommissionen« ihr Soll durch. Zur Zwangsarbeit im »Reich« waren während des Krieges etwa 13,5 Millionen Menschen verpflichtet, davon 8,4 Millionen Zivilisten. Beamte der Arbeitsämter waren auch für den Arbeitseinsatz der jüdischen Ghettobewohner zuständig, mit Beginn der Deportationen ebenfalls für die Selektion in die Vernichtungslager, bis das im Juli 1942 die SS übernahm. Nach dem Krieg stellten sie sich und ihre Behörde als unpolitisch und harmlos dar, ein Drittel wurde weiterbeschäftigt.

Im den Nazis verhassten Weimarer Staat war das »Superministerium« zuständig für die gesamte Arbeits- und Sozialpolitik. Es verfügte über den größten Etat aller Ressorts und über ein Netz nachgeordneter Dienststellen überall im Land. Auf soviel Expertise konnten die Nazis nicht verzichten. Obwohl die Mehrzahl der Beamten der SPD oder dem Zentrum nahestand, es unter ihnen nur wenige NSDAP-Mitglieder gab, setzten sie alsbald Ziele und Vorstellungen der Nazis um. Schon mit der Entmachtung des Reichstags 1930 wurden die Befugnisse der Beamten größer, unter den Reichskanzlern Brüning und von Papen trieben sie den Rückbau des Sozialstaats voran.



»Stützen des Naziregimes«: Arbeitsamt in der besetzten Sowjetunion, Dezember 1942

Und so war es

Die Ausstellung »Das Reichsarbeitsministerium 1933–1945« in der Berliner Topographie des Terrors.

Von Sabine Lueken

Im Januar 1934 schloss das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« jegliche Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb aus. »Betriebsgemeinschaften« hatten »rassisches homogen« zu sein, »Betriebsführer« die »Gefolgschaft« anzuleiten. Für die Regelung von Konflikten auf überbetrieblicher Ebene ernannte Hitler persönlich

tionslager verschleppt. Lohnerhöhungen wurden verboten. Wer zu spät kam oder wegen schlechter Arbeitsbedingungen gar nicht mehr, ohne Kündigungsfristen einzuhalten, wurde inhaftiert oder in »Arbeiterziehungslager« eingewiesen.

»Ich bin stolz und glücklich darüber, dass mir zur Durchführung der

Prozess zum Tode verurteilt, vor den Mitarbeitern des Ministeriums. Und so war es. Die Beamten des Reichsarbeitsministeriums hatten entscheidenden Anteil an den Verbrechen Nazideutschlands. Einzelbeispiele in der Ausstellung zeigen, dass es eine Bandbreite an Handlungsmöglichkeiten gab. Aber fast alle erwiesen sich als treue Staatsdiener.

Im Rahmenprogramm der Ausstellung gibt die Britin Elisabeth Harvey (»Der Osten braucht dich!«, 2010), Mitglied der eingangs erwähnten Historikerkommission, am morgigen Dienstag um 19 Uhr einen Überblick über aktuelle Forschungen zum Thema »NS-Zwangsarbeit und Geschlecht«. Am 8. Oktober findet abschließend eine Podiumsdiskussion über die Rolle von Beamten im Faschismus statt.

■ Noch bis 8. Oktober, Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg, Eintritt frei; Katalog 316 S., 16 Euro

Ein eingespielter, hochleistungsfähiger Apparat zur Durchführung der vom Führer gestellten Aufgabe

»Treuhänder der Arbeit«. Arbeitsbücher wurden verpflichtend eingeführt, Dienstpflichtverordnungen und Zugangssperren verhängt. Mit diesem Instrumentarium wurden Arbeitskräfte in die Rüstungsbetriebe gelenkt, »Arbeits scheue« verfolgt und in Konzentrationslager verschleppt. Lohnerhöhungen wurden verboten. Wer zu spät kam oder wegen schlechter Arbeitsbedingungen gar nicht mehr, ohne Kündigungsfristen einzuhalten, wurde inhaftiert oder in »Arbeiterziehungslager« eingewiesen.

vom Führer gestellten Aufgabe in der Arbeitsverwaltung ein eingespielter, hochleistungsfähiger Apparat zur Verfügung steht«, formulierte Fritz Sauckel, von Hitler 1942 zum »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« ernannt und 1946 im Nürnberger

oder an kalten Winterabenden, dicht zusammengerückt, am lodernden Kamin.

Man hatte Zeit und ließ sich Zeit, vor allem dem Erzähler. Die Erwartungen an ihn waren groß, genauso die soziale Wertschätzung seiner Person und der Kunst des Erzählens. Keinem der aufmerksamen Zuhörer wäre eingefallen, den Erzähler zu unterbrechen; allenfalls verlautete hier und da mal eine schüchterne Frage, die der Erzähler, wenn er denn ein erfahrener Meister seines Faches war, sogleich geschickt in die Ausführungen einbezog. Noch viel weniger wäre jemand auf die Idee gekommen, eine Zeitspanne vorzugeben, innerhalb derer der Erzähler doch bitteschön mit seiner Geschichte zu Ende kommen möge.

Reinhard Hopp

■ Der Untergang der Erzählkunst. Ein kulturpessimistischer Hinweis

Es gab einmal eine Zeit – und sie wähnte ziemlich lange –, in der die Menschen einander Geschichten erzählten. Eine Zeit, in der die Älteren den Jüngeren, etwa die Großeltern ihren Enkeln, regelmäßig aus ihrem Leben und von früher erzählten. Die Jüngeren scharten sich um die Erzähler, lauschten mit großen Ohren und wollten manches immer und immer wieder erzählt bekommen.

Schon diese einleitenden Sätze sind ihrerseits eine Erzählung, und zwar eine aus einer weitgehend nicht mehr existierenden Welt. Doch ist das so lange noch nicht her. Der Verfasser, derzeit in seinem 70. Lebensjahr, vermag sich noch gut daran zu erinnern.

Damals lebte – im Gegensatz zu heute – der überwiegende Teil der

Bevölkerung noch auf dem Land und nicht in Großstädten. Drei Generationen unter einem Dach, das war der Regelfall. Die meisten dieser Haushalte verfügten nicht einmal über ein Radio, geschweige denn einen Fernseher, hatten keinen eigenen Telefonanschluss und bezogen kaum eine Wochen-, erst recht keine Tageszeitung.

Ihr Bild von der Welt kam nicht permanent aus allgegenwärtigen Screens, sondern musste von ihnen selbst in kollektiver Eigenleistung tagtäglich immer wieder neu geschaffen werden. Kurzum, ihr zentrales Medium war die Sprache, das gesprochene Wort; ob in der Schule, der Kirche, der Kneipe, in der Werkstatt, auf dem Feld, in der Küche, an lauschten Sommerabenden vor dem Haus auf der Bank

Das alles ist heute kaum noch vorstellbar. Da dem Satz »Time is money« quasi naturgesetzliche Gültigkeit zugeschrieben wird, gibt es nichts mehr, was der Quantifizierung entkommen könnte, nichts, was nicht einer utilitaristischen Nutzenbewertung unterworfen würde. Unter solch äußerlichen, doch von den meisten tief verinnerlichten Bedingungen wird auch das Wort zu einer Ware, und der Sprecher, der längst kein Erzähler mehr sein darf, unterliegt dem strengen Verdikt, bloß nicht mehr Zeit zu beanspruchen, als ihm der jeweilige Kreis der Anwesenden, die längst keine Zuhörer mehr sind, sondern Wettbewerber, noch gerade so zubilligt.

Reinhard Hopp

Kultur-Titel gelöscht

Unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen soll es keinen Kommissionsposten mehr geben, der das Wörtchen »Kultur« im Titel führt, bedauert Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Ein »EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport« ist nicht mehr vorgesehen. Bildung und Kultur sollen fortan in das Aufgabengebiet der Bulgarin Marija Gabriel fallen. Deren Portfolio heißt »Innovation und Jugend«. Das Europaparlament wird am 23. Oktober über die Vorschläge von der Leyens abstimmen. (dpa/JW)

György Konrad gestorben



Der Schriftsteller György Konrad (Foto) ist im Alter von 86 Jahren in Budapest gestorben, wie die Berliner Akademie der Künste am Freitag abend mitteilte, deren Präsident Konrad von 1997 bis 2003 war. Der Holocaust-Überlebende hatte 1969 in Ungarn seinen Debütroman »Der Besucher« vorgelegt und wurde ab den 70ern im Westen auch als Dissident hoch geschätzt. 2001 erhielt er für seine »Verdienste im europäischen Einigungsprozess« den Aachener Karlspreis. (dpa/JW)

Tucholsky und Stokowski

Für die »kompromisslose Entlarvung gesellschaftlicher Missstände, eine präzise Sprache und gekonnte Ironie« wird Spiegel online-Kolumnistin Margarete Stokowski der mit 5.000 Euro dotierte Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik verliehen. Mit ihren Texten aus dem Buch »Die letzten Tage des Patriarchats« stehe sie »unzweifelhaft in der Tradition Kurt Tucholskys«, begründete die Jury am Samstag ihre Entscheidung. Die Preisverleihung ist für den 3. November in Berlin geplant, Laudatorin soll die Zeit-Redakteurin Susanne Mayer sein. (dpa/JW)



Das junge Welt-Onlineabo jungewelt.de/onlineabo